

Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021

Der Landespflegerat Berlin-Brandenburg hatte Fragen und bekam Antworten – bilden Sie sich Ihre Meinung!

1. Leasing in der Pflege

Der Fachkräftemangel in der Pflege hat insbesondere in Berlin zu der Situation geführt, dass es im Bereich des Personalleasings zu einer Fokussierung auf gut qualifiziertes und mobiles Pflegepersonal gekommen ist. Pflegefachpersonen werden aus bestehenden Angestelltenverhältnissen abgeworben und mit übertriebener Gewinnerzielungsabsicht besonders bedürftigen Gesundheitseinrichtungen per Leasing überlassen. Die Situation in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen verschärft sich bei allem Verständnis für abwanderndes Pflegefachpersonal so immer mehr und führt in einem besonders sensiblen Bereich unreguliert zu vielfältigen Problemen. Leidtragende sind die Pflegefachpersonen, die weiter in ihren Angestelltenverhältnissen verbleiben sowie die Pflegebedürftigen.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um dem Fachkräftemangel in der Pflege grundsätzlich und dem Problem durch Leasingfirmen speziell zu begegnen?

Bündnis 90/Die Grünen	<p>Der Fachkräftebedarf im Pflegebereich ist nicht durch eine einzelne Maßnahme aufzulösen. Doch kann durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen am wirksamsten für einen Zuwachs der Pflegefachpersonen gesorgt werden. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege wurden in den letzten Jahren bereits Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf gute Pflege angewiesen. Ein wichtiger Schritt ist eine gerechte, auskömmliche Bezahlung, die im Job selbstverständlich sein muss und schon in der Ausbildung und im Pflegestudium erfolgen muss. Wir wollen auch die Akademisierung der Pflege- und Therapieberufe voranbringen und mehr Studienangebote im Bereich der Gesundheitsberufe schaffen. Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote, gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegepersonen. Wir fordern mehr Plätze für Teilzeitausbildungen und berufsbegleitende Ausbildungen. Auch die Ausbildung zur Pflegeassistenz muss vergütet werden. Die Ausbildung zur Pflegeassistenz wollen wir auf Bundesebene regeln und bis dahin den in Berlin eingeschlagenen Weg weitergehen. Im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb oder außerhalb der EU erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der ambulanten Versorgung müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende Menschen möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Viele ausgebildete Kräfte arbeiten nicht mehr in ihrem Beruf – mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen und einer besseren Entlohnung von Beschäftigten in der ambulanten Pflege wollen wir sie zurückgewinnen. Das Leasingmodell möchten wir in der Pflege obsolet machen, wie wir es in einer Bundesratsinitiative auch gefordert haben. Das Problem, warum viele Personen als letzten Ausweg in das Leasing wechseln, ist jedoch die derzeitige Arbeitssituation in der Pflege. Deshalb kann aus unserer Sicht letztlich durch die oben genannten Veränderungen der Arbeitsbedingungen am besten gegen Leasing in der Pflege vorgegangen werden.</p>
CDU	<p>Allen Menschen, die in der Pflege tätig sind, gebührt unsere Wertschätzung, Anerkennung und Dank. Gute Pflege braucht gute Pflegekräfte. Unsere Stadt wächst nicht nur und wird bunter, sie wird auch älter. Eine gute und qualitativ hochwertige Pflege ist nur mit ausreichendem und motiviertem Personal zu erreichen. Angesichts der Herausforderungen, die auf unsere alternde Gesellschaft zukommen gilt es daher, für attraktivere Arbeitsbedingungen in der Pflege zu sorgen. Dazu gehört für uns unter anderem eine gute Personalausstattung. Wir wollen gemeinsam mit Arbeitgebern und Beschäftigten von Gesundheitseinrichtungen ein umfassendes Personal-Konzept entwickeln, das die Häuser in die Lage versetzt, mit genügend und befähigtem Personal ihre wichtigen Aufgaben zu bewältigen. Außerdem werden wir uns insbesondere für eine bessere Bezahlung des Personals in den Pflegeberufen sowie eine generelle Schulgeldfreiheit für Gesundheits- und Pflegeberufe einsetzen, um dem wachsenden Bedarf an Pflege- und Gesundheitsleistungen gerecht zu werden. Wir wollen die Ausbildung in der Pflege weiter stärken, indem wir eine bundesweite Vergütung der Auszubildenden in der Pflegefachassistentenausbildung einführen. Zudem sollten Entwicklungsperspektiven für qualifizierte Pflegekräfte – analog anderer Berufsgruppen - geschaffen werden, die mit einer der steigenden Verantwortung entsprechenden Vergütung einhergehen. Außerdem wollen wir die Situation der Pflegenden verbessern und uns dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Pflegeberufen erleichtert werden – vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir werden uns auch für eine kontinuierliche Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Gesundheitsfachkräfte einsetzen. Wir sind davon überzeugt, dass diese Aufgabe nicht durch kurzfristige Initiativen zu lösen ist, sondern setzen auf langfristige Lösungen. Deshalb unterstützen wir beispielsweise explizit die Maßnahmen im Rahmen der Konzierten Aktion Pflege der Bundesregierung. Wir unterstützen den „Berliner Pakt für die Pflege“. Außerdem wollen wir eine Landespflegebeauftragte bzw.</p>

	<p>einen Landespflegebeauftragten in Berlin als Sprachrohr und Kontrollinstanz der Berliner Pflegepolitik schaffen. Er/Sie soll als zentrale/r Ansprechpartner/in in einem fortwährenden Dialog mit den pflegebedürftigen Menschen, den pflegenden Angehörigen und den Pflegekräften im Land Berlin für die Belange rund um das Thema der Pflege zur Verfügung stehen und so als überwachendes und kontrollierendes Organ für eine Weiterentwicklung und Optimierung der Pflege im Land Berlin zuständig sein. Darüber hinaus wollen wir eine jährliche Konferenz mit allen Berliner Pflegestützpunkten, dem Pflegerat, den Heimbeiräten, Vereinigungen bzw. Trägern der ambulanten und stationären Pflege, Vertretern der Ausbildungseinrichtungen, sowie den Vertretern der Kranken- bzw. Pflegekassen, Kassenärztlichen Vereinigung Berlin, Berliner Ärztekammer und der Berliner Krankenhausgesellschaft initiieren. Wir setzen uns für eine maximale Obergrenze für pflegerische Leiharbeit in Krankenhäusern und in Pflegeeinrichtungen in Höhe von 10 Prozent ein. Die Vergütung für Leiharbeit darf die tarifüblichen Personalkosten für Pflegekräfte nicht überschreiten und dürfen von den gesetzlichen Krankenkassen im Rahmen der jährlichen Budgetverhandlung nicht vergütet werden.</p>
DIE LINKE	<p>Wir teilen Ihre Einschätzung zum Personalleasing in der Pflege und sehen hier ebenfalls Handlungsbedarf. Leiharbeit oder sonstige atypischen Beschäftigungsverhältnisse sind keine Lösung, weder für die Pflegekräfte, noch für die Einrichtungen und Dienste. Dass Pflegekräfte in Leiharbeit oftmals besser entlohnt werden als Angestellte, ist kein Argument für Leiharbeit. Es ist vielmehr ein deutliches Signal, dass das Pflegesystem grundlegend zu erneuern ist und zwar dahingehend, dass gute verlässliche Arbeitsbedingungen und auskömmliche Löhne zum allgemeinen Standard in der Pflege werden müssen. Das lässt sich mit einer Solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung finanzieren (siehe Kapitel „Pflegenotstand stoppen! Systemwechsel in Gesundheit und Pflege: https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm-2021/). Der Pflegevorsorgefonds muss jetzt in einen Pflegepersonalfonds umgewandelt werden. Trotz des Scheiterns eines allgemeinverbindlichen Flächentarifvertrags in der Pflege, muss dieser weiterhin das Ziel sein und für alle Beschäftigten Löhne mindestens auf dem Niveau der Tarifverträge des Öffentlichen Dienstes (TVÖD / TV-L) garantieren. Die Forderungen der Berliner Krankenhausbewegung nach einem Entlastungstarifvertrag sind richtig und wir unterstützen das Anliegen, hier durch Verhandlungen zu einem Ergebnis zu kommen. Die landeseigenen Kliniken haben hier eine besondere Vorbildfunktion. Darüber hinaus braucht es zur besseren Abdeckung des Fachkräftebedarfs:</p> <ul style="list-style-type: none"> • landeseinheitliche Standards für eine bedarfsgerechte Personalausstattung und eine einrichtungsspezifische Fachkraftquote in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, • digitale Unterstützungsmöglichkeiten zur Entlastung der Beschäftigten, • eine gezielte Begleitung und Evaluation der neuen Ausbildung zur Pflegefachassistenz, • eine gebührenfreie Aus- und Fortbildung in den Gesundheitsberufen mit Vergütung der Arbeitsleistungen während der Ausbildung. <p>Auf diese Weise können wir für alle Menschen in Berlin eine hochwertige pflegerische Versorgung gewährleisten - flächendeckend, bedarfsorientiert und selbstbestimmt.</p>
FDP	<p>Die FDP will die Verbesserung der pflegerischen Versorgung und die Überwindung des Pflegenotstands durch eine finanzielle Neuordnung, Bürokratieabbau, Digitalisierung, bessere Arbeitsbedingungen sowie einer Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland erreichen. Das Pflegepersonal soll im Rahmen einer Neuordnung der Krankenhausfinanzierung aufgestockt werden. Bürokratische Hürden wollen wir mit einem Digitalisierungsschub in der Pflege abbauen (mehr digitale Anwendungen, Automatisierung und Robotik). Durch neue Anwendungen wird der Pflegealltag der Pflegekräfte erleichtert, da mehr Zeit für die Zuwendung und weniger für die Bewältigung von bürokratischen Anforderungen da ist. Eine Einschränkung oder ein pauschales Verbot der Zeitarbeit lehnen wir ab, da sich immer mehr Pflegekräfte wegen der erhöhten Flexibilität für einen Wechsel in die Zeitarbeit entschieden haben. Pflege muss sich zudem praktikabel an dem Bedarf der Menschen orientieren. Aus diesem Grund fordern wir die Abkehr von den Pflegepersonal-Untergrenzen. Ferner setzt sich die FDP dafür ein, dass - insbesondere im Zuge des demographischen Wandels - verstärkt Arbeitskräfte aus dem Ausland mit neuen Modellen und Möglichkeiten angeworben werden. Die pflegebedürftigen Menschen wollen wir u. a. mit einem liberalen Pflegebudget entlasten, wo jede Person selber über ihre Leistungen entscheiden kann. Die Leistungsansprüche der jeweiligen Pflegegrade sollen hierfür in ein monatliches Budget überführt werden, über das unbürokratisch und transparent verfügt werden kann.</p>
SPD	<p>Gute Arbeit heißt für uns, dass gerechte und existenzsichernde Löhne gezahlt werden. Werkverträge, befristete Arbeitsverträge, Minijobs und Leiharbeit müssen die Ausnahme sein. Unser Ziel ist die Vermeidung dieser Arbeitsmodelle und der Abbau prekärer Beschäftigung. Im Rahmen einer Bundesratsinitiative hat das Land Berlin die Bundesregierung bereits dazu aufgefordert, effektive Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege zu ergreifen. Die Vergütung und die Arbeitsbedingungen für festangestellte Pflegefachkräfte sollten attraktiver gestaltet werden, um eine Abwanderung zu Leasingfirmen überflüssig werden zu lassen. Im Rahmen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes soll die Abwanderung zunächst spürbar beschränkt und dann unterbunden werden. Ein ausreichendes und gut ausgebildetes Pflegepersonal ist das Rückgrat einer bedarfsgerechten pflegerischen Versorgung. Wir werden die Ausbildungszahlen und Studienplätze für alle Gesundheits- und Pflegeberufe deutlich erhöhen und am Personalbedarf orientieren. Auch die Anzahl der Studienplätze für Lehrkräfte wird dem Bedarf angepasst und ein berufsbegleitendes Studium angeboten. Die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften müssen attraktiver gestaltet werden, damit sich mehr Menschen entscheiden, die Fachkräfte von morgen auszubilden. Wir unterstützen Entlastungstarifverträge in der Pflege und stehen für eine bedarfsgerechte Personalbemessung in den Krankenhäusern. Die landeseigenen Krankenhäuser Vivantes und Charité haben hierbei eine Vorbildfunktion. Die Berliner SPD hat mit dem „Berliner Pakt Pflege“ dem spürbaren Fachkräftemangel entgegengewirkt und die Weichen für attraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen im Berliner Pflegesektor gestellt. Im Bund setzt sich die SPD für ein bundesweites einheitliches Personalbemessungssystem ein. Ebenso auf Bundesebene haben wir mit einem Sofortprogramm 13.000 neue Stellen in stationären Einrichtungen der Altenpflege geschaffen. Die dafür notwendigen 640 Millionen Euro werden von der gesetzlichen Krankenversicherung bereitgestellt, sodass es nicht zu finanziellen Mehrbelastungen für die Pflegebedürftigen kommt. Ergänzend dazu bringen wir nun eine Regelung auf den Weg, mit der 20.000 zusätzliche Stellen für Pflegehilfskräfte in vollstationären Pflegeeinrichtungen von der Pflegeversicherung über einen Vergütungszuschlag finanziert werden. Stationäre Pflegeeinrichtungen und</p>

	<p>ambulante Pflegedienste werden zudem bei coronabedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen weiterhin unterstützt. Um dem Pflegenotstand in Berlin weiterhin entgegenzuwirken, müssen wir die Vergütung von Pflegeberufen auf die Höhe der Zeit bringen. Die Berliner SPD unterstützt Pflegefachkräfte und Beschäftigte anderer Gesundheitsberufe bei ihrem Kampf für gerechte Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und die Einführung von Tarifbindungen. In den landeseigenen Krankenhäusern erwarten wir in allen Konzernteilen einen perspektivischen Stufenplan zur Einführung von Vergütungen nach den Tarifverträgen des Landes oder des öffentlichen Dienstes. Entgeltgrundsätze statt Tarif lehnen wir ab. Darüber hinaus wollen wir die Eingliederung aller Tochterbetriebe mit dem entsprechenden Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes prüfen. Auf Bundesebene will die SPD die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Altenpflege bundesweit zügig verbessern. Unser Ziel ist es, allgemeinverbindliche Branchentarifverträge zu schaffen. Wir werden zudem über die Pflegemindestlohnkommission eine weitere Erhöhung der Mindestlöhne verfolgen. Gemeinsam mit den Kirchen wollen wir einen Weg erarbeiten, ihr Arbeitsrecht dem allgemeinen Arbeits- und Tarifrecht sowie der Betriebsverfassung anzugleichen. Wir haben dafür gesorgt, dass Pflegeanbieter, die nach Tarif zahlen, diese auch von der Pflegeversicherung refinanziert bekommen. Nun werden wir im Umkehrschluss die Refinanzierung der Pflegeleistungen an die Geltung von Tarifverträgen binden.</p> <p>Darüber hinaus hat die SPD im Bund mit dem Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz (GPVG) die Grundlage für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen geschaffen. Die Gewerkschaft ver.di und die Arbeitgeber:innen in der Pflegebranche (BVAP) haben diese Möglichkeit genutzt und sich 2020 auf die Grundlagen für einen Tarifvertrag in der Altenpflege geeinigt. Leider ist es aufgrund des Vetos aus den Reihen der kirchlichen Träger nicht gelungen, den Tarifvertrag für die gesamte Branche für allgemeinverbindlich zu erklären. Um dennoch in der gesamten Pflege Tariflöhne durchzusetzen, haben wir im Bund geregelt, dass Pflegeeinrichtungen ab dem 1. September 2022 nur dann zugelassen werden, wenn sie Löhne mindestens in Höhe eines Pflgetarifvertrages bezahlen. Dazu erweitern wir die bisherige Regelung, dass die Pflegeversicherung tarifvertragliche Löhne refinanzieren – also bezahlen – muss. Mit dem Gesetz setzen wir gute Löhne durch, verbessern die Arbeitsbedingungen in der Pflege und geben den Pfleger:innen die Anerkennung, die sie verdient haben. Die Gesundheitswirtschaft in der Metropolregion wollen wir insgesamt stärken. Wir brauchen ein klares Leitbild für die nächsten Jahrzehnte. Für die SPD ist klar: eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung kann am besten durch eine Neuordnung der Rollenverteilung zwischen ambulantem und stationärem Sektor, durch eine Überwindung der Sektorengrenzen und eine gute Koordination und Kooperation der medizinischen, psychotherapeutischen und pflegerischen Berufe gelingen. Wir brauchen darum eine stärkere Öffnung von Krankenhäusern für ambulante, teambasierte und interdisziplinäre Formen der Versorgung. Dann kann auch dessen sozialpolitisch wichtigste Aufgabe, die wirtschaftlich Schwächeren in Gesundheitsfragen zu unterstützen, besser gemeistert werden. Auch wenn der Berliner SPD in den letzten Jahren eine Verschiebung in Gebiete mit geringerem Versorgungsgrad gelang, muss weiter gesteuert werden. Vielfach sind mit gesundheitlichen auch soziale Probleme verbunden. Wir wollen deshalb die „Kombi-Praxis mit Sozialberatung“ ausweiten. In schlechter versorgten Quartieren wollen wir mit den „Kombi-Praxen“ vernetzte Angebote schaffen, nach dem Beispiel erweiterter medizinischer Versorgungszentren (MVZ). Die medizinische Versorgung durch Arztpraxen sollte durch einen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst ergänzt werden, der Kinder und Jugendliche in Notfällen zu Hause behandelt.</p>
--	---

2. Anerkennungsverfahren / ausländische Pflegefachpersonen

Der Fachkräftemangel und der steigende Pflegebedarf haben zur Folge, dass vermehrt qualifiziertes Personal aus dem Ausland in deutschen Krankenhäusern, in stationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten eingesetzt wird. Die Anerkennungsverfahren sind zwar gesetzlich festgelegt, werden aber sehr heterogen und in der Verantwortung der durchführenden Bildungseinrichtungen umgesetzt. Es bleibt unklar, in welcher Weise die Lücken zum Kompetenzprofil von Pflegefachmännern und Pflegefachfrauen nach dem Pflegeberufegesetz detektiert und geschlossen werden sollen. Auch in diesem sensiblen Bereich agieren viele Anbieter und Vermittlungsagenturen mit unterschiedlichen Interessen und wenig Aufsicht. Nicht selten werden Pflegekräfte aus dem Ausland instrumentalisiert und/oder als günstige personelle Ressource wahrgenommen. Es existieren weitere Herausforderungen, die schon beim Nachweis verbindlicher Voraussetzungen, wie dem festgelegten Sprachniveau, beginnen. Mit den Anpassungsmaßnahmen verbunden sind darüber hinaus in vielen Fällen temporäre oder unklare Aufenthaltstitel, die Verunsicherung und Planungsschwierigkeiten mit sich bringen.

Wie wird sich Ihre Partei für die Migration von Pflegefachpersonal einsetzen und die Sicherung der Qualität der Anerkennungs-/Anpassungslehrgänge vor dem Hintergrund der Professionalisierung der Pflege gewährleisten?

Bündnis 90/Die Grünen	Im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb oder außerhalb der EU erworben, sollen leichter anerkannt werden. Klar ist, die Migration von Pflegefachpersonen kann nicht alleine den Fachkräftebedarf decken. Doch kann durch die bessere Anerkennung, neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Allgemeinen, eine Entlastung erzielt werden. Zugleich kann so die ohnehin hohe Qualität der Pflegefachpersonen durch die globale Berufspraxis weiter gestärkt und auch der diversen Stadtbevölkerung Berlins entsprochen werden.
-----------------------	---

CDU	Zusammen mit den Ländern wollen wir eine bundesweite Harmonisierung der Assistenzausbildung in der Pflege erreichen. Es ist wichtig, attraktive Arbeitsbedingungen für alle in der Pflege Beschäftigten zu schaffen, die insbesondere auch eine verlässliche Gestaltung der Dienstpläne umfassen. Wir wollen die Willkommenskultur für ausländische Pflegefachkräfte stärken und setzen uns für eine generelle Schulgeldfreiheit für Gesundheits- und Pflegeberufe ein, um dem wachsenden Bedarf an Pflege- und Gesundheitsleistungen gerecht zu werden. Außerdem wollen wir die Ausbildung in der Pflege weiter stärken, indem wir eine bundesweite Vergütung der Auszubildenden in der Pflegefachassistentenausbildung einführen.
DIE LINKE	Wir werden die heutigen Anerkennungsverfahren prüfen und Lösungen für einheitliche und allgemeinverbindliche Qualitätsstandards entwickeln. Vermittlungsagenturen verfolgen Gewinnabsichten, die nicht zwingend mit arbeitsschutzrechtlichen Standards und Versorgungsstandards zusammenpassen. Hier muss die öffentliche Hand eine stärkere steuernde und kontrollierende Rolle übernehmen, insbesondere auch zum Schutz der ausländischen Pflege- und Betreuungskräfte. Wir wollen ein Portal für die Beratung zu aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Fragen einrichten und so die Position von ausländischen Pflegekräften stärken. Mit einer Bundesratsinitiative setzen wir uns dafür ein, dass Migrantinnen mit dem Aufenthaltsstatus Duldung in Zukunft eine Pflegeausbildung aufnehmen können.
FDP	Wir möchten, dass die Einwanderungsverfahren insbesondere für Fachkräfte vereinfacht und beschleunigt werden. Bewerbende mit einem Arbeitsvertrag sollen vom Termin gesuch bei der deutschen Auslandsvertretung bis zur Erteilung der Arbeitserlaubnis innerhalb von maximal sechs Wochen nach Berlin umziehen und ihre Arbeit aufnehmen können. Wir setzen uns dafür ein, dass Fachkräften mit besonders hohen Punktzahlen im Rahmen des Einwanderungsverfahrens ein beschleunigtes Verfahren zur Erlangung der unbegrenzten Aufenthaltsgenehmigung (Blue Card) und der Staatsbürgerschaft angeboten wird. Dabei soll bei Erreichen dieser hohen Punktzahl die Wartezeit um die Hälfte reduziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass schulische und berufliche Abschlüsse von Einwanderinnen und Einwanderern bei vorliegender gleichwertiger Qualifikation schneller, unbürokratischer und bundesweit einheitlich anerkannt werden. Genauso möchten wir dafür sorgen, dass Teile einer Ausbildung besser anerkannt werden, die dann z. B. mithilfe zusätzlicher Credit Points bzw. Zertifikate ergänzt werden können. Die Wartezeiten auf die Anerkennung medizinischer Berufe beim Landesamt für Gesundheit und Soziales sind inakzeptabel.
SPD	Siehe Frage 3

3. Anschlussqualifizierung nach generalistischer Pflegeausbildung

Seit dem Jahr 2020 wird in Deutschland in der Pflege generalistisch ausgebildet. Eine generalistische Pflegeausbildung bahnt die Entwicklung von Basiskompetenzen an und geht von Spezialisierungen nach der Ausbildung aus. Spätestens im Jahr 2023 wird der Bedarf an spezialisiertem Pflegepersonal explodieren, wenn die ersten Generalist*innen auf den Arbeitsmarkt gelangen. Pflegerische Spezialisierung erfolgt einerseits im Rahmen des lebenslangen Lernens und beruflicher Handlungsanforderungen im praktischen Tätigkeitsfeld von Pflegefachmännern und Pflegefachfrauen, andererseits im Rahmen des organisierten Lernens in der theoretischen und praktischen beruflichen Weiterbildung. Berufliche Weiterbildung setzt einen verbindlichen Handlungsrahmen voraus, um vergleichbar und anerkennungsfähig zu sein. Die gesetzlichen Grundlagen im Land Berlin reichen bis in die 1980er Jahre zurück. Generalistik war darin noch nicht mitgedacht, genauso wenig werden darin die Entwicklungen der letzten 20 bis 30 Jahre berücksichtigt. Es bedarf verbindlicher und homogener Rahmenbedingungen, um die Quantität und Qualität der Weiterbildungsangebote zu sichern sowie neue bedarfsgerechte Angebote zu konzipieren.

Welche Innovationen plant Ihre Partei im Bereich der pflegerischen Weiterbildung zu unterstützen? Wann und wie beabsichtigen Sie die gesetzlichen Grundlagen in der pflegerischen Weiterbildung zu novellieren? Wie werden Sie Aufstieg durch Bildung in der Pflege fördern?

Bündnis 90/Die Grünen	Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten systematisch zu fördern ist ein wesentlicher Bestandteil, damit Pflegepersonen gerne und motiviert in ihrem Beruf arbeiten. Die Weiterbildungen fördern hierbei eine hohe sich weiterentwickelnde Qualität, müssen aber auch zu den angesprochenen Aufstiegsmöglichkeiten führen. Klar ist auch, dass Pflegepersonen, die sich akademisch weiterbilden wollen, mehr Unterstützung benötigen. Hierzu gehört auch eine finanzielle Unterstützung. Insbesondere im Bereich der stetig notwendigen, pflegerischen Weiterbildung und ihrer Anerkennung kann eine Selbstvertretung, wie eine Pflegekammer ein qualifiziertes Angebot (weiter)entwickeln und zugleich als starke Fürsprecherin für die Pflege auftreten.
CDU	Wir werden uns für eine kontinuierliche Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Gesundheitsfachkräfte einsetzen. Wir sind davon überzeugt, dass diese Aufgabe nicht durch kurzfristige Initiativen zu lösen ist, sondern setzen auf langfristige Lösungen. Deshalb unterstützen wir beispielsweise explizit die Maßnahmen im Rahmen der Konzertierte Aktion Pflege der Bundesregierung.
DIE LINKE	Die Fort- und Weiterbildungen müssen an die neuen Anforderungen der generalistischen Pflegeausbildung angepasst werden und erfordern eine entsprechende rechtliche Fundierung. Wir werden die Novellierung der bestehenden Vorgaben prüfen und auf einen einheitlichen Rahmen hinwirken. Dazu braucht es einen zeitnahen Dialog mit den Trägern der Fort- und Weiterbildung, aber auch mit den Pflegekräften. Neben den geänderten Rahmenbedingungen in der Ausbildung müssen

	insbesondere die sich wandelnden zukünftigen Herausforderungen in der Versorgung in den Blick genommen werden. Generell braucht es mehr Aufstiegsmöglichkeiten für Pflegekräfte in den Einrichtungen und Diensten, aber auch darüber hinaus, indem zum Beispiel Pflege als wichtige Profession im Kontext des Öffentlichen Gesundheitsdienstes stärker eingebunden wird und interdisziplinär mehr Anerkennung auf Augenhöhe erfährt. Dazu braucht es nicht zuletzt eine entsprechende Kompetenzerweiterung im Zusammenspiel mit den anderen Professionen im Gesundheits- und Pflegesystem.
FDP	Wir wollen Berlin für medizinische Fachkräfte attraktiver machen. Dazu wollen wir das Ausbildungsangebot für Gesundheitsfachberufe ausbauen und die Schulgeldfreiheit sicherstellen. Die Kosten für Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sollen vom Land übernommen werden. Die dazu verfügbare Zeit soll, in Form einer Fortbildungspflicht orientiert am Punktesystem der Ärztinnen und Ärzte, individuelle Perspektiven und weitere Entwicklungschancen im Gesundheitswesen bieten. Die im Gesundheitswesen oft notwendige Schichtarbeit wollen wir auch finanziell attraktiver gestalten. Schichtdienste sollen für die im Gesundheitswesen Tätigen planbarer werden. Ebenso muss der flexible Einsatz der Fachkräfte besser vergütet werden. Digitalisierung im Gesundheitssektor soll Kostentransparenz sowie die zielgerichtete, individuelle Betreuung und Behandlung aller Patientinnen und Patienten ermöglichen und damit zugleich neue Impulse für eine Gesundheitsforschung setzen, die jeder und jedem Einzelnen zugutekommen.
SPD	Deutschland ist ein Einwanderungsland, unser Fachkräftebedarf darf aber nicht auf Kosten von Ländern gesichert werden, die selbst auf diese Arbeitskräfte angewiesen wären. Wir wollen das „Berliner Beratungszentrum für Migration und gute Arbeit“ analog zum Bundesprogramm „Faire Mobilität“ institutionell verstetigen. Doch zusätzlich müssen wir dafür sorgen, dass alle Menschen gerne in der Pflege arbeiten, egal woher sie kommen, mit guten Arbeitsbedingungen und einem gerechten Gehalt. Dem spürbaren Fachkräftemangel haben wir unter anderem mit dem „Berliner Pakt für die Pflege“ entgegengewirkt. Diesen Weg werden wir fortsetzen. Berlin wird einen Ausbildungsgang „Pflegefachassistenz“ entwickeln, der auf Grundlage der generalistischen Pflegeausbildung anschlussfähig ist. Ziel ist ein durchlässiges und nach Möglichkeit bundesweit koordiniertes Ausbildungssystem, von der Assistenzausbildung bis zum Studium. Durch den besseren Qualifikationsmix und bessere Arbeitsteilung werden Fachkräfte spürbar entlastet. Auch wollen wir im Rahmen der Ausbildungsförderung mit Bundesprogrammen und Landesprogrammen die Teilzeitausbildung verstärken. Wir werden den Baustein Gesundheitsberufe in die Berufs- und Studienorientierung fest verankern und die gestartete Initiative „Pflege deine Zukunft“ verstetigen. Die Berliner SPD möchte zudem die Akademisierung der Hebammenausbildung deutlich vorantreiben und unterstützt daher die Evangelische Hochschule Berlin, Vivantes und die Charité bei der Akademisierung und Optimierung ihrer Hebammenausbildung. Darüber hinaus werden wir uns für eine zügige Nachgraduierung bereits ausgebildeter Hebammen einsetzen. Es gilt nicht nur den Beruf attraktiver zu gestalten, sondern vor allem jüngeren Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zur Pflegeausbildung zu ermöglichen. Im Herkunftsland erworbene Abschlüsse müssen schneller anerkannt werden. Jede Öffentlichkeitsarbeit zu Beratungs- und Dienstleistungsangeboten muss generell mehrsprachig und barrierefrei sein. Außerdem stärken wir in unserer multikulturellen Stadt auch kultursensible (Tages-)Pflegeangebote. Zudem streben wir im Übrigen an, dass im stationären und ambulanten Pflegedienst sowie in Hospizen eine queersensible Qualifizierung und Zertifizierung etabliert wird. Um Pflegekräfte mit Einwanderungsgeschichte vor prekären Arbeitsbedingungen und Ausbeutung zu schützen, setzen wir uns für gute Arbeitsbedingungen, soliden Arbeitsschutz und die Einhaltung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ein. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in den Sozialberufen abgewertet werden. Die Berliner SPD will über Branchen hinweg die Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze verbessern – dies gilt auch für den Pflegebereich. Wir wollen eine deutliche Steigerung der Betriebsbesichtigungen erreichen. Dazu wird eine Beschwerde- und Informationsstelle eingerichtet, die sich an Beschäftigte sowie Betriebsräte und Arbeitgeber:innen richtet (Arbeitsschutz-Hotline). Die Berliner SPD hat zudem die Berufung von hauptamtlichen Beauftragten für gute Arbeit in vielen Bezirken durchgesetzt. Überall dort, wo wir in den Bezirken Verantwortung tragen, werden wir weiterhin dafür sorgen, dass entsprechende Stellen eingerichtet werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Angebote in möglichst vielen Sprachen aufgesetzt werden und die bezirklichen Beauftragten für die Zielgruppe der Arbeitnehmer:innen mit Migrationsgeschichte sensibilisiert werden.

4. Pflegefachassistenz

In Berlin wurde vor einigen Jahren das Berliner Krankenpflegehilfegesetz verabschiedet und der neue alte Beruf wiedereingeführt. Die Absolvent*innen schließen qualifiziert und anerkannt wichtige Versorgungslücken im Pflegebereich, der durch den Fachkräftemangel gekennzeichnet ist. Seit Inkrafttreten des Pflegeberufgesetzes wird in Berlin eine Neufassung der Krankenpflegehilfe auf generalistischem Niveau diskutiert, u.a. auch deshalb, weil die Krankenpflegehilfe sich den Vorwurf gefallen lassen muss, keine Altenpflegehilfe und damit nur für das Krankenhaus zuständig zu sein. Der Landespflegerat Berlin-Brandenburg befürwortet die generalistische Pflegefachassistenz grundsätzlich und hält eine Ausbildungsdauer von zwei Jahren für erforderlich, um die beruflichen Handlungskompetenzen zu erwerben. Dabei wird von einem deutlich höheren und anerkennungsfähigen Kompetenzniveau ausgegangen, als es mit der bestehenden Krankenpflegehilfeausbildung erreichbar wäre, sowie von einer Auszubildendenklientel, die mehr pädagogische Unterstützung und Aufmerksamkeit braucht, weil sie nicht selten mit schlechteren Lernvoraussetzungen in die Ausbildung startet, als jene in anderen Ausbildungsberufen. Dies bedeutet weiterhin, dass

eine angemessene Zahl qualifizierter Lehrer*innen zur Verfügung steht, ein verbindlicher Lehrrahmen (idealerweise auf Bundesebene) existiert und die Finanzierung gewährleistet ist. Der im ersten Gesetzesentwurf noch vermisste generalistische Ansatz hat zwar wieder in den Text hineingefunden, jedoch liest man von einer anderthalbjährigen Ausbildung, die zu denselben Kompetenzen führt, wie die bestehende Krankenpflegehilfesausbildung, er beinhaltet herabgesetzte Qualifikations-voraussetzungen für die Lehrenden und einen geringeren Lehrer-Schüler-Schlüssel (1 zu 20 statt 1 zu 15). In der Zusammenschau handelt es sich um eine unbegründete Reform der Krankenpflegehilfesausbildung und um eine Irreführung, weil die Krankenpflege- hilfesausbildung schneller und besser zum Erfolg führt als die geplante Alternative. Die Meinungen im Berufsfeld fokussieren deshalb zunehmend die Vorteile der existenten Ausbildung, die sowohl aus pädagogischer als auch aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoller erscheint.

Wie positioniert sich Ihre Partei zur Abschaffung der Gesundheits- und Krankenpflegehilfe im Land Berlin zugunsten der unzureichend gedachten Pflegefachassistenz? Welche Schritte planen Sie, um den Qualifikations- und Skills-Mix in der Pflege vom Pflegehelfer bis zur Pflegefachperson mit Masterabschluss bedarfsgerecht zu gestalten?

Bündnis 90/Die Grünen	Gerade für einen guten Qualifikations- und Skills-Mix ist eine hochwertige, mehrstufige und durchlässige Ausbildungsstruktur unabdingbar. Die Einführung einer generalistischen Pflegefachassistentenausbildung soll hier unterstützen. Sie führt durch Anerkennung von Ausbildungsverkürzungen zu einer gewissen Durchlässigkeit, bildet einheitliche Qualifikationsniveaus und stärkt den Bereich der Pflegeassistenz. Jedoch ist dies nur eine Maßnahme um einen Qualifikations- und Skills-Mix zu erreichen, der als bedarfsgerecht anzusehen ist. Für Pflegepersonen soll der akademische Abschluss nicht länger nur der Ausstieg aus der Patient*innenpflege sein. Wir wollen die Anzahl der Pflegepersonen mit akademischem Abschluss in der Patient*innenversorgung steigern. In den landeseigenen Krankenhäusern sollen dazu Leuchtturmstationen eingeführt werden, die sowohl eine hohe Anzahl an Pflegepersonen mit akademischen Abschlüssen, als auch Pflegepersonen mit Fachweiterbildung aufweisen. Pflegepersonen mit akademischem Abschluss sollen während ihrer Arbeitszeit zudem für wissenschaftliche Arbeit, Teilnahme und Mitarbeit an Studien sowie auch für den Wissenstransfer an Kolleg*innen freigestellt werden. Ziel soll es sein, neue Tätigkeitsfelder und Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Hierzu gehört auch die Übertragung von ärztlichen Tätigkeiten auf Pflegepersonen.
CDU	Für eine gute Pflege brauchen wir in der Zukunft mehr professionell Pflegende. Deswegen wollen wir gemeinsam mit Arbeitgebern und Beschäftigten von Gesundheitseinrichtungen ein umfassendes Personal-Konzept entwickeln, das die Häuser in die Lage versetzt, mit genügend und befähigtem Personal ihre wichtigen Aufgaben zu bewältigen. Außerdem setzen wir uns für eine generelle Schulgeldfreiheit für Gesundheits- und Pflegeberufe ein, um dem wachsenden Bedarf an Pflege- und Gesundheitsleistungen gerecht zu werden. Wir wollen auch die Ausbildung in der Pflege weiter stärken, indem wir eine bundesweite Vergütung der Auszubildenden in der Pflegefachassistentenausbildung einführen. Zusammen mit den Ländern wollen wir zudem eine bundesweite Harmonisierung der Assistenz Ausbildung in der Pflege erreichen. Außerdem werden wir eine/n Pflegebeauftragte/n einsetzen. Diese/r soll als zentrale Anlaufstelle dienen und sich bei allen Stellen der Gesundheitsverwaltung für die Belange von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen einsetzen. Zur Erfüllung ihrer/seiner Aufgaben sind der/dem Beauftragten die entsprechenden organisatorischen und personellen Hilfestellungen an die Hand zu geben. Dazu zählt unter anderem eine jährliche Konferenz mit allen Berliner Pflegestützpunkten, dem Pflegerat, den Heimbeiräten, Vereinigungen bzw. Trägern der ambulanten und stationären Pflege, Vertretern der Ausbildungseinrichtungen, sowie den Vertretern der Kranken- bzw. Pflegekassen, Kassenärztlichen Vereinigung Berlin, Berliner Ärztekammer und der Berliner Krankenhausgesellschaft.
DIE LINKE	In diesem Jahr wurde auf der Bundesebene die Einführung einer verbindlichen Personalbemessung in der stationären Pflege beschlossen. Die Personalbemessung zielt auf einen veränderten PersonalMix und fokussiert auf eine stärkere Berücksichtigung der Pflegefachassistenz. Die neue Pflegefachassistentenausbildung in Berlin ist wichtig, um den künftigen Vorgaben bei der Personalbemessung zu entsprechen und um mehr junge Menschen für die Pflege zu gewinnen. Im Jahr 2022 können 1.000 Menschen und im Jahr 2023 2.000 Menschen mit der Ausbildung starten. Das wollen wir weiter ausbauen. Dass dabei die Ausbildung nicht mehr spezifisch nach Versorgungsbereichen strukturiert ist, sondern für alle Versorgungsbereiche qualifizieren soll, ist eine notwendige Anpassung an die neue generalistische Pflegeausbildung. Wir werden die Umsetzung des Gesetzes aktiv begleiten und wie in anderen Bereichen auch hinsichtlich der Versorgungsqualität prüfen. Bei offenen Finanzierungsfragen und Problemstellungen werden wir dies zusammen mit den Akteuren besprechen und Lösungen entwickeln.
FDP	Wir befürworten grundsätzlich die Einführung des Berufes der Pflegefachassistenz. Ebenso wie befinden wir aber das Konzept noch nicht ausgereift genug.
SPD	Die SPD steht wie keine andere Partei für Aufstieg durch Bildung und wird dieses Versprechen immer wieder erneuern. Wir wollen Bildung und Ausbildung für alle so zur Verfügung zu stellen, wie sie es für ihr künftiges Leben brauchen. Dies setzen wir mit Hilfe der zuvor genannten Maßnahmen um. Zudem setzen wir uns auf Bundesebene für ein Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart in allen Lebensphasen und Berufsfeldern ein.

5. Pflegekammer

Die vorstehenden Themen sind in Gänze Aufgaben einer Pflegekammer. Sie zeigen sehr anschaulich, welche Fragen von Pflegenden in einer Pflegekammer diskutiert werden sollten und welche Bedeutung eine Pflegekammer für den Professionalisierungsprozess in der Pflege hat. Politik, Krankenhäuser, Anbieter ambulanter und stationärer Pflegeeinrichtungen, Gewerkschaften, Krankenkassen und andere Akteure haben in diesen Fragen berechtigterweise andere Interessen als die Berufsgruppe der Pflegenden. Und es geht um so viel mehr als tarifliche Fragen, die im Verantwortungsbereich von Gewerkschaften angesiedelt sind. Fachfragen erfordern eine fachliche Auseinandersetzung. Die Pflegekammer Berlin ist dafür das geeignetste Instrument. Darüber hinaus droht Berlin national und international den Anschluss in pflegfachlichen Entwicklungen zu verlieren, wenn es sich weiterhin gegen die Errichtung einer Körperschaft stellt, die auf Augenhöhe und mit den notwendigen Befugnissen ausgestattet in den fachlichen Diskurs einsteigen kann.

Welche Position vertritt Ihre Partei in Bezug auf die Pflegekammer? Welche Schritte sind geplant, um die Errichtung im Land Berlin voranzutreiben?

Bündnis 90/Die Grünen	Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegepersonen. Durch die Selbstverwaltung kann sich der Beruf aktuellen Entwicklungen und Innovationen im Gesundheitsbereich am Forschungsstandort Berlin anpassen. Zudem kann sie die professionelle und sachgerechte Pflege und deren Weiterentwicklung fördern und zur Professionalisierung des Berufsstandes beitragen. Die Pflegeberufe würden im öffentlichen und politischen Raum stärker wahrgenommen werden und können ihre Expertise in gesetzgeberische Prozesse sowie die Gestaltung und Weiterentwicklung des Gesundheitswesens in Berlin stärker als heute einbringen. Mögliche Unklarheiten müssen schnell und transparent aufgelöst werden, damit eine Etablierung zeitnah umgesetzt werden kann.
CDU	Wir setzen uns bereits seit vielen Jahren dafür ein, in Berlin eine Landespflegekammer einzurichten. Als Sprachrohr der Pflegekräfte soll eine Pflegekammer ihnen die aktive Beteiligung an allen Fragen der beruflichen Pflege ermöglichen und den Schutz vor Pflegemissbrauch verbessern. In einem großen Teil der europäischen Staaten gehören Pflegekammern zum bewährten Standard.
DIE LINKE	Es ist wichtig, dass sich Pflegekräfte organisieren und für ihre Belange streiten und kämpfen. Wir sehen jedoch nicht, dass sie dies im Rahmen einer Pflegekammer tun wollen. Die Pflegenden in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein haben in Abstimmungen deutlich gemacht, wie sie zur Kammer stehen. An der Abstimmung im März 2021 haben in Schleswig-Holstein 17.747 der 23.579 abstimmungsberechtigten Mitglieder teilgenommen. 15.942 und mithin 91,77 Prozent haben sich für die Auflösung »ihrer« Kammer ausgesprochen. In beiden Ländern werden daher die gerade geschaffenen Pflegekammern wieder abgewickelt. Die Errichtung einer Pflegekammer in Berlin ist für uns daher nicht zielführend.
FDP	Eine Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft macht den Pflegeberuf weder besser noch attraktiver. Wir lehnen die Schaffung einer Pflegekammer ab. Die Unzufriedenheit der Pflegekräfte mit einer solchen Zwangsmitgliedschaft ist im Land Schleswig-Holstein sehr deutlich geworden. Dort wurde eine bestehende Pflegekammer wieder abgeschafft, nachdem die Pflegekräfte mit 92% für die Abschaffung gestimmt hatten. Im Land Niedersachsen ist eine ähnliche Tendenz erkennbar.
SPD	Die Berliner SPD steht an der Seite der Berliner Pflegefachkräfte und Beschäftigten anderer Gesundheitsberufe bei ihrem Kampf für gerechte Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und die Einführung von Tarifbindungen. Wir werden daher die Initiierung eines möglichen Kammerprozesses unterstützen und mit dem notwendigen politischen Beistand begleiten.